

Herrn Dr. Rothmund

Besprechung zwischen Herrn Dr. Rothmund und Herrn Dr. Brunschvig
vom Samstag, den 23. September 1944.

Herr Dr. Rothmund erklärt, dass die Basis dieser Besprechung gegenseitige Offenheit sei. Jede Aeusserung muss vom Gesprächspartner als ehrliche Ueberzeugung anerkannt werden.

Herr Dr. Brunschvig antwortet, dass er den Chef der Polizeiabteilung immer als offenen und ehrlichen Beamten anerkannt und geschätzt habe. Die Grundlage einer freien Aussprache sei ohne weiteres gegeben.

Herr Dr. Rothmund stellt die Frage an Herrn Dr. Brunschvig, was Antisemitismus sei.

Herr Dr. Brunschvig antwortet, dass die Frage des Antisemitismus eine politische und rassenpolitische sei.

Herr Dr. Rothmund erklärt, dass der Fehler vieler Juden darin bestehe, dass sie jeden als Antisemit bezeichnen, der die Juden zu kritisieren wage. Die Grundlage unserer Demokratie bilde nicht nur ein reibungsloses Zusammenleben der Deutschen, französischen und italienischen Schweiz, sondern schliesse auch die Anerkennung aller Bürger als gleichwertig in sich, ohne Rücksicht auf Rasse und Religion. Diese Gleichstellung der jüdischen Schweizerbürger mit den andern Bürgern unseres Landes bedingt aber das nötige Verständnis für eine objektive Kritik, denen sie ausgesetzt sein können. Kritik an den Juden ist noch kein Antisemitismus. Antisemitismus im Sinne der nationalsozialistischen Lehre hat ein anderes Ziel als eine Kritik der Juden. Wir können sagen, das Ziel ist sogar entgegengesetzt: der Antisemitismus nach deutschem Muster will die Vernichtung der Juden, unsere Kritik dagegen hat zum Ziel, die Juden auf Fehler aufmerksam zu machen, um ein reibungsloses Zusammenleben in der Volksgemeinschaft zu ermöglichen. Wenn auch die Kritik als Antisemitismus bezeichnet werde, dann sei er ein Antisemit.

Herr Dr. Brunschvig erklärt, dass nach seiner ehrlichen Ueberzeugung Herr Dr. Rothmund kein Antisemit sei. Die Stellung der Ge-

schäftsleitung des israelitischen Gemeindebundes sei nicht immer leicht. Die Mitgliedschaft setze sich aus Leuten verschiedener politischer Auffassungen zusammen. Vom Konservatismus bis fast zum Kommunismus seien alle politischen Richtungen vertreten. Es sei sehr schwer, immer und in allen Fragen einen gemeinsamen Nenner zu finden. Der Geschäftsleitung werde vielfach der Vorwurf gemacht, sie sei *gouvernemental*. Es gäbe Kreise, welche einen offenen Kampf gegen die Behörden wünschen, da sie die Auffassung vertreten, diese seien vom Gifte des Antisemitismus beeinflusst. Die Geschäftsleitung des israelitischen Gemeindebundes wolle aber diesen Kampf nicht, da sie überzeugt sei, dass die Behörden für unser Land nur das Gute wollen. Herr Bundesrat von Steiger habe anlässlich einer Unterredung erklärt, dass die Behörden bereit seien, auf Wunsch aktuelle Fragen zu besprechen, dies aber nur unter der Voraussetzung, dass gegen sie keine Dolchstösse geführt würden. Herr Dr. Brunschvig erklärt weiter, dass dieser Ausspruch für ihn eine leitende Maxime bilde. Die Behörden müssen aber auch die schwere Stellung der Geschäftsleitung des israelitischen Gemeindebundes verstehen; sie sollte das Gefühl haben, dass sie in den Behörden einen sichern Rückhalt finde. Die Behörden hätten ein Interesse daran, die Stellung der Geschäftsleitung zu stärken. Dies sollte vor allem bei Interventionen zum Ausdruck kommen. Er, Dr. Brunschvig, interveniere nur in solchen Fällen, bei denen er die feste und ehrliche Ueberzeugung habe, dass eine Verfügung der Behörde ungerecht sei und den Interessen unseres Landes nicht diene. Er sei in einer Doppelstellung, einerseits sei er Anwalt, andererseits Mitglied der Geschäftsleitung. Er nutze aber seine Stellung als Vertreter der israelitischen Kutlusemgemeinde nicht aus, um seine Stellung als Anwalt zu stärken. Er interveniere für einen Privatklienten nur dann bei den Behörden, wenn er diese Intervention auch als Mitglied der Geschäftsleitung des israelitischen Gemeindebundes vertreten könnte. Es sei aber notwendig, dass ihm von Seiten der Behörden das nötige Verständnis entgegengebracht werde. Die Behörden dürften bei jeder Intervention die volle Ueberzeugung haben, dass er nur deshalb interveniere, weil er der Ansicht sei, der in Frage stehende Entscheid entspreche nicht der Vernunft und diene nicht den Interessen unseres Landes. Er billige nicht alle Entscheide der Behörden. Doch interveniere er dann nicht, wenn er den behördlichen Standpunkt verstehen könne. Im Einbürgerungsfall Heumann sei ihm von Herrn Dr. von Reding nicht das nötige Verständnis bei der Be-

handlung entgegengebracht worden.

Herr Dr. Rothmund verspricht, dass dieser Fall erneut überprüft wird.

Herr Dr. Brunschvig erklärt, dass seit dem Jahre 1942, vor allem seit dem Rücktritt von Saly Mayer als Präsident des israelitischen Gemeindebundes zwischen der Polizeiabteilung und dem Gemeindebund eine Kluft entstanden sei, welche bisher eine freie Aussprache verhinderte. Durch diese Kluft entstand die Gefahr, dass sich Spannungen ergeben könnten. Durch die Tatsache, dass die Geschäftsleitung des Gemeindebundes keinen näheren Kontakt mehr zu den Behörden hatte und daher ihre Interessen bei den Behörden weniger wirksam vertreten konnte, sei ihre Stellung innerhalb der Mitgliedschaft schwächer geworden. Die Geschäftsleitung des israelitischen Gemeindebundes sei sich klar darüber, dass die politischen Parteien und die Presse, welche sie unterstützten, dies nicht etwa tun aus Sympathie zu den Juden, sondern zur Verfolgung eigener Ziele. Aus diesem Grunde würde sich die Geschäftsleitung lieber an die Behörden anlehnen, um von nicht jüdischen Kreisen unabhängig zu sein und in der eigenen Mitgliedschaft wirksam auftreten zu können. Er ersucht Herrn Dr. Rothmund um die Bewilligung, Herrn Saly Braunschweig als Präsident des israelitischen Gemeindebundes von dieser Unterredung Kenntnis geben zu dürfen. Er wünscht auch, Herrn Saly Braunschweig erklären zu dürfen, dass Herrn Dr. Rothmund daran gelegen sei, einen näheren Kontakt zu schaffen.

Herr Dr. Rothmund erklärt sich damit einverstanden. Er hat auch nichts dagegen einzuwenden, wenn Herr Dr. Brunschvig, wie er es wünscht, von der Erklärung Gebrauch mache, dass der Chef der Polizeiabteilung die Schweizerjuden als voll- und gleichwertige Schweizerbürger betrachte ^{der Ansicht sei} und dass es den Grundsätzen unserer Demokratie entspreche, diese als solche zu behandeln.

28. September 1944.

Trüchäpät